

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 31. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 4. Mai 2017

1. Abgeordnete

Dr. Tanja Machalet (SPD)

Masterplan „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“

Mit einer Auftaktveranstaltung am 25. April 2017 hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie den Prozess zur Erstellung eines Masterplans zur Zukunft der Arbeit öffentlich gestartet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wo sieht die Landesregierung die Chancen und Herausforderungen des Wandels der Arbeitswelt?
2. Was ist das Ziel eines eigenen rheinland-pfälzischen Masterplans zur Zukunft der Arbeit?
3. Wie ist der Prozess zur Erstellung des Masterplans strukturiert?
4. Welche Partnerinnen und Partner sind an der Erstellung des Masterplans beteiligt?

2. Abgeordnete

Matthias Lammert und
Adolf Kessel (CDU)

Kriminalitätsanstieg bei Zuwanderern

In der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2016 konnte ein deutlicher Anstieg der tatverdächtigen Zuwanderer registriert werden. In der Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage Drucksache 17/2629 teilte diese mit, dass weder eine Statistik geführt werde, wie viele tatverdächtige Zuwanderer 2016 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, noch, wie viele verurteilte Zuwanderer im Jahr 2016 abgeschoben wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil der Zuwanderer (nach Definition der PKS) an der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung (Stand 31. Dezember 2016, absolut wie auch prozentual), aufgliedert nach:
 - insgesamt,
 - afghanischer Herkunft,
 - georgischer Herkunft,
 - tunesischer, algerischer und marokkanischer Herkunft,
 - albanischer, serbischer, mazedonischer, bosnien-herzegowinischer und kosovarischer Herkunft,
 - somalischer Herkunft,
 - syrischer Herkunft?
2. Wie viele der zum 31. Dezember 2016 in Rheinland-Pfalz lebenden Zuwanderer, die wegen einer Straftat zu einer Strafe i. S. v. § 54 AufenthG (Ausweisungsinteresse) verurteilt wurden, wurden nach ihrer Verurteilung abgeschoben bzw. haben ihren Aufenthaltsstatus verloren (bitte aufschlüsseln nach den in Frage 1 aufgeführten Nationalitäten)?
3. Falls der Landesregierung hierzu keine Zahlen vorliegen: Trifft es zu, dass die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden somit keine Kenntnis davon haben, wie viele Zuwanderer in Rheinland-Pfalz leben, straffällig geworden sind bzw. bei wie vielen in Rheinland-Pfalz lebenden straffällig gewordenen Zuwanderern ein Ausweisungsinteresse besteht?

3. Abgeordneter Uwe Junge (AfD)

Identitätsfeststellungen an gefährlichen Orten

Presseberichten zufolge wurden am 4. April 2017 in Mainz auf der sogenannten Haschwiese/Kaiserstraße sieben Polizisten verletzt, als sie zur Bekämpfung von Eigentumsdelikten Personenkontrollen durchführten. Zwei Personen, ein 18-jähriger Afghane und ein 22-jähriger Deutsch-Afghane weigerten sich, ihre Personalien feststellen zu lassen und widersetzten sich den Polizeibeamten, als sie nach Ausweispapieren durchsucht wurden. Der 22-jährige Deutsch-Afghane griff die Beamten unvermittelt an. Nach den Bestimmungen im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) des Landes Rheinland-Pfalz können Identitätsfeststellungen und Prüfungen von Berechtigungsscheinen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 a und b POG durch die allgemeinen Ordnungsbehörden und die Polizei zur Abwehr einer Gefahr oder zum Schutz privater Rechte vorgenommen werden, wenn sich Personen an einem Ort aufhalten, von dem anzunehmen ist, dass dort aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele dieser Orte im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 1 a POG sind der Landesregierung aktuell in Rheinland-Pfalz bekannt, an denen Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben (bitte für alle Polizeiinspektionen und Orte getrennt aufschlüsseln)?
2. Welche Straftaten werden in diesem Zusammenhang vermutet (bitte für die jeweiligen Polizeiinspektionen und Orte getrennt aufschlüsseln)?
3. Wie viele Identitätsfeststellungen wurden im Jahr 2016 bis zum 31. März 2017 an diesen Orten durchgeführt (bitte für alle Polizeiinspektionen und Orte getrennt aufschlüsseln)?
4. Zu wie vielen Festnahmen auf frischer Tat bzw. nach Verfolgung auf frischer Tat ist es aufgrund von Identitätsfeststellungen an diesen Orten im Zeitraum 2016 bis 31. März 2017 gekommen (bitte für alle Polizeiinspektionen und Orte getrennt aufschlüsseln)?

4. Abgeordnete Cornelia Willius-Senzer und Marco Weber (FDP)

Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge

Für viele Menschen, die als Flüchtlinge zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen, ist ihre erste Phase des Aufenthalts in unserem Land häufig geprägt von dem Kennenlernen einer für sie neuen Kultur. Die für uns selbstverständlichen Werte des liberalen Rechtsstaats sind für viele dieser Menschen erklärungsbedürftig.

Durch aktuelle Äußerungen des Bundesinnenministers kann in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die öffentlichen Verwaltungen würden nicht genügend für die Integration der geflüchteten Menschen in unser Wertesystem unternehmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Inhalte werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Projekts des Justizministeriums „Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge“ vermittelt?
2. Inwiefern bestehen bei diesem Projekt Kooperationen zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und Akteuren aus der Zivilgesellschaft?
3. Welches Konzept liegt dem Projekt „Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge“ zugrunde?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den bisherigen Erfolg des Projekts?

5. Abgeordneter Daniel Köbler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe

In diesem Monat wurde in Rheinland-Pfalz eine Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet. Sie ist beim Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz angesiedelt und soll Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern niedrigschwellig die Möglichkeit bieten, sich an eine unabhängige Beschwerdestelle zu richten.

Dabei handelt es sich auch um eine Reaktion auf die Aufarbeitung des Unrechts in der Heim-erziehung der 1950er und 1960er Jahre.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Zielsetzungen verfolgt die Landesregierung mit der Einrichtung einer Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche?
2. Warum hat sich die Landesregierung entschieden, die Ombudsstelle beim Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz einzurichten?
3. Wie sollen die Zielgruppen der Ombudsstelle erreicht werden?
4. Welche Beratungs- und Unterstützungsleistungen kann die Ombudsstelle Hilfesuchenden anbieten?

**6. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Marion Schneid (CDU)**

Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in den rheinland-pfälzischen Schulen

Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka hat jüngst eine Begrenzung der Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund in Schulklassen gefordert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. In wie vielen Schulen in Rheinland-Pfalz haben Schüler mit Migrationshintergrund einen Anteil von 50 Prozent und mehr (Angaben bitte insgesamt und nach Schulart differenzieren)?
2. Wie bewertet die Landesregierung eine Konzentration von Schülern mit Migrationshintergrund auf einzelne Schulen hinsichtlich des Lern- und Integrationserfolgs?
3. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund den Vorschlag von Bundesbildungsministerin Wanka, mit flexiblen Quoten eine gleichmäßigere Verteilung von Schülern mit Migrationshintergrund zu erreichen?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um eine gleichmäßigere Verteilung von Schülern mit Migrationshintergrund zu erreichen?

**7. Abgeordnete
Bettina Brück,
Giorgina Kazungu-Haß
und Astrid Schmitt (SPD)**

Neue Förderkriterien Ferienbetreuung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Sie fördert seit Jahren entsprechende Maßnahmen. Dazu gehört seit 2005 auch die Förderung der Ferienbetreuung, auf die berufstätige Elternpaare und Alleinerziehende besonders angewiesen sind. Die Landesregierung hat deshalb angekündigt, die Ferienbetreuung auszubauen und hat dazu zum Beschluss des Doppelhaushalts 2017/2018 neue Förderkriterien vorgelegt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kriterien galten im bisherigen Verfahren?
2. Welche Kriterien gelten im neuen Verfahren und welche formalen Regelungen sind zu beachten?
3. Wie wurde der Verteilungsschlüssel festgelegt?
4. Welche Erwartungen verknüpft die Landesregierung mit der Umsetzung des Programms?

**8. Abgeordnete
Steven Wink und
Marco Weber (FDP)**

Echtzeitinitiative im ÖPNV

Derzeit sind viele Kommunen in Rheinland-Pfalz darum bemüht, ihr ÖPNV-Angebot nachhaltig zu modernisieren und an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen.

Das Land Rheinland-Pfalz hat es sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 rund 80 Prozent der Fahrgäste des ÖPNV mit Echtzeitinformationen zu versorgen und damit einen Teil zur Modernisierung des ÖPNV beizutragen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Worin bestehen aus Sicht der Landesregierung die Vorteile einer Echtzeitinformation im ÖPNV?
2. Wie viel Prozent der Fahrgäste des ÖPNV können nach aktuellem Sachstand mit Echtzeitinformationen zu ihren Fahrzeiten versorgt werden?
3. Hält die Landesregierung an ihrem erklärten Ziel fest, bis zum Jahr 2020 rund 80 Prozent der Fahrgäste mit Echtzeitinformationen versorgen zu können?
4. Die Echtzeitinitiative kann ein Baustein für einen attraktiven ÖPNV sein. Welche Schritte darüber hinaus unternimmt die Landesregierung, um den ÖPNV weiter nachhaltig für Kunden attraktiv zu gestalten?

9. Abgeordneter

Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energieautarke Kläranlagen als Beitrag zum Klimaschutz

Kläranlagen beanspruchen bis zu zwanzig Prozent des gesamten Strombedarfs der öffentlichen Gebäude und Anlagen einer Kommune. Die Steigerung der Energieeffizienz durch Einsparmaßnahmen und die Nutzung des auf Kläranlagen vorhandenen Klärschlamm zur Stromerzeugung und Wärmeproduktion sind ein wichtiger Schwerpunkt. Seit 2013 intensiviert die Landesregierung ihre Unterstützung von kommunalen Gebietskörperschaften in diesem Bereich. Der Besuch der Umweltministerin am 22. März 2017 beim Wirtschaftsbetrieb Mainz verdeutlichte die Gewinne dieser Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele energieautarke Kläranlagen bestehen aktuell in Rheinland-Pfalz und wie werden diese gefördert?
2. Welche Effizienzgewinne und Energieoptimierungen konnten durch den Umbau der Anlagen bislang erreicht werden?
3. Inwieweit können die Kläranlagen einen Beitrag für den steigenden Bedarf am Regelenergiemarkt leisten?
4. Welche Umweltprobleme können durch den energieautarken Umbau von Kläranlagen reduziert werden?

10. Abgeordnete

Adolf Kessel und
Anke Beilstein (CDU)

Forderung des Sachverständigenrates für Migration und Integration zur Einführung der Wohnsitzauflage

Am 25. April 2017 veröffentlichte der Sachverständigenrat für Migration und Integration das Jahresgutachten für 2017. Darin wird die Einführung der Wohnsitzpflicht empfohlen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Wohnsitzverlagerung von anerkannten Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Argumentation des Sachverständigenrates zur Einführung der Wohnsitzauflage?
3. Unter welchen Umständen ist die Landesregierung bereit, die Wohnsitzauflage in Rheinland-Pfalz einzuführen?

11. Abgeordnete

Jaqueline Rauschkolb und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)

Girls' Day 2017 – Zukunftstag für Mädchen

Am Girls' Day besuchen Schülerinnen ab der 5. Klasse Unternehmen, Betriebe und Hochschulen in ganz Deutschland. Auch in Rheinland-Pfalz fand am 27. April 2017 erneut der Zukunftstag für Mädchen statt. Ziel des Girls' Day ist, die jungen Teilnehmerinnen an Ausbildungsberufe und Studiengänge z. B. in IT, Handwerk, Naturwissenschaften und Technik heranzuführen, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind. Auch die Begegnung mit weiblichen Vorbildern in Führungspositionen aus Wirtschaft und Politik birgt Möglichkeiten für Mädchen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Girls' Day im Hinblick auf das Aufbrechen von Rollenbildern und auf die nachhaltige Wirkung für die spätere Berufswahl der Teilnehmerinnen?
2. Wie viele Mädchen haben am diesjährigen Girls' Day in Rheinland-Pfalz teilgenommen und welche Angebote wurden gemacht?
3. Welche Branchen wurden besonders nachgefragt?
4. Hat die Landesregierung am Girls' Day teilgenommen?

12. Abgeordneter**Dr. Peter Enders (CDU)****Versorgungsprobleme bei Arzneimitteln in Krankenhäusern**

Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. April 2017 treten Lieferengpässe für bestimmte wichtige Arzneimittel in Krankenhäusern auf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu bestehenden oder bevorstehenden Versorgungsproblemen bei Arzneimitteln welcher Hersteller mit welchem Marktanteil in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern?
2. Wie gehen die Krankenhäuser mit solchen Versorgungsengpässen um?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern?

13. Abgeordnete**Dr. Denis Alt und
Alexander Fuhr (SPD)****Förderung der Teilnahme an Auslandsmessen**

Im Rahmen des Mittelstandsförderungsgesetzes fördert die Landesregierung die Auslandsmessebeteiligung rheinland-pfälzischer kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU). Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen können die finanzielle Förderung nutzen, um an rheinland-pfälzischen Gemeinschaftsständen oder an im AUMA-Messeprogramm aufgeführten Auslandsmessen teilzunehmen. Der Messezuschuss erleichtert KMU die oftmals sehr teure Auslandsmessebeteiligung mit dem Ziel der Produktpräsentation, Auslandsmarkterschließung und Absatzförderung im Ausland. Dazu hat die Landesregierung nun eine neue Verwaltungsvorschrift für das Förderprogramm eingeführt, veröffentlicht im Ministerialblatt der Landesregierung vom 20. April 2017.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche zentralen Änderungen gehen mit der neu eingeführten Verwaltungsvorschrift für die Förderung der Teilnahme mittelständischer Unternehmen an Auslandsmessen einher?
2. Hat die neue Verwaltungsvorschrift Auswirkungen auf bereits gestellte Förderanträge und das Programm „Gemeinsam auf Auslandsmärkte“, welches auch rheinland-pfälzische Gemeinschaftsstände auf Auslandsmessen vorsieht?
3. Wie viele Messezuschüsse mit dem Ziel der Produktpräsentation, Auslandsmarkterschließung und Absatzförderung auf ausländischen Märkten und in welcher Gesamthöhe hat die mit der Abwicklung betraute Investitions- und Strukturbank im Jahr 2016 gewährt?

